

Es waren Bilder wie aus einem Bürgerkrieg: Schwere bewaffnete Angehörige paramilitärischer Sondereinheiten beteiligten sich mit Schnellfeuerwaffen an der Erstürmung eines Stadtviertels. Tausende Menschen wurden von der Außenwelt abgeschnitten, weil Straßen gesperrt und Bahnverbindungen eingestellt waren. Räumpanzer und Wasserwerfer sowie Tausende für den Straßenkampf ausgerüstete Polizisten bezogen Stellung. Das Schanzenviertel wurde am Wochenende zum Schauplatz einer Machtdemonstration des Polizeistaats.

Zwei Nächte in Folge stürmten die Einsatzkräfte Straßen und Häuser in dem für sein alternatives und multikulturelles Ambiente bekannten und beliebten Stadtteil. Auslöser dafür war nach Darstellung der Polizei vom Freitag, dass »Störer« – in den Medien wurde das gleichgesetzt mit »militanten Autonomen« – in dem Viertel randaliert und Drogeriemärkte geplündert hätten. Die Rede war davon, dass auf den Dächern Molotowcocktails und Gehwegplatten deponiert worden sein sollen, um sie auf Polizisten zu werfen – vorgeführt wurden diese von der Polizei jedoch bislang nicht. »Ich bin fassungslos, dass linksradikale Straftäter offenkundig keine Hemmung haben, sehenden Auges das Leben von Polizeibeamten zu gefährden«, wettete trotzdem der CSU-Innenexperte Stephan Mayer. *Bild* schlagzeilte am Sonnabend: »Keiner stoppt den linken Hass!«

Es war nicht auszuschließen, dass nach den tagelangen Übergriffen der Polizei auf die friedlichen Protestdemonstrationen gegen den G-20-Gipfel einige Leute die Nerven verlieren, um in ihrer Wut zu nützlichen Idioten der Staatsmacht zu werden. Auf die teilweise offen rechtswidrigen Polizeieinsätze gegen die Camps und gegen spontane Kundgebungen hatten die Aktivisten durchgehend besonnen reagiert und damit das Konzept der Sicherheitskräfte durchkreuzt. Selbst die autonome Demonstration »Welcome to Hell« am Donnerstag lieferte den Boulevardmedien nicht die gewünschten Bilder – dafür aber Kommentare in Medien wie *Deutschlandfunk* und *NDR*, dass die Polizei die Gewalt provoziert habe. Die Scharfmacher brauchten jedoch die Eskalation.

Ohnehin lassen Augenzeugenberichte das, was am Freitag und Sonnabend im Schanzenviertel und der Umgebung geschah, in einem anderen Licht erscheinen als die Auskünfte von Polizei und Senat.

Am Neuen Pferdemarkt und im »Arrivati-Park« unweit des U-Bahnhofs Feldstraße hatten sich am Freitag abend etwa 1.000 Gegner des G-20-Gipfels versammelt. Obwohl von ihnen keine Gewalt ausging, wurden sie von der



Mit Sturmgewehren bewaffnet im Schanzenviertel: Polizisten einer Sondereinheit am Freitag abend

Provozierte Eskalation

Im Hamburger Schanzenviertel organisierte sich die Polizei Bilder, die sie sonst nicht bekommen hätte. **Von André Scheer, Georg Hoppe und Lina Leistenschneider, Hamburg**

Polizei mit Wasserwerfern und Pfefferspray attackiert. Viele Demonstranten zogen sich daraufhin in das Schanzenviertel zurück, vereinzelt flogen Flaschen und Böller. Während die Scharmützel auf dem Platz weitergingen, ließ sich im Schanzenviertel über Stunden keine Polizei blicken. Sogar als auf der Straße Schulterblatt an drei Stellen Feuer entzündet wurden, reagierte weder die Feuerwehr noch die Polizei. Ebenfalls frei war der Weg zu den Messehallen, dem Austragungsort des G-20-Gipfels – trotzdem nutzte niemand diese »Chance«. Unter den mehreren tausend Menschen, die sich im Viertel auf den Straßen aufhielten, waren linke Aktivisten kaum zu sehen. Statt dessen allerdings Personen, die von Anwohnern als Fußballhooligans beschrieben wurden. In der Sternstraße wurde der Hitlergruß gezeigt, in der Bartelsstraße wurde ein Geschäft mit Antifa-T-Shirts im Schaufenster offenbar gezielt attackiert. Nach »Linken« klingt das nicht.

Kurz vor Mitternacht stürmte die Polizei das Schanzenviertel. Wasserwerfer, Räumfahrzeuge und Polizeiketten drangen in das Viertel vor. Beteiligt waren auch Angehörige von Sondereinsatz-

kommandos mit Schnellfeuerwaffen. Es flogen Steine, Flaschen und Feuerwerkskörper. Ein Polizeihelikopter richtete seinen Scheinwerfer auf die Szenerie. Tränengas lag in der Luft.

In der Roten Flora wurden in der Nacht Verletzte versorgt. *Spiegel online* zitierte den Sprecher des Veranstaltungszentrums, Andreas Blechschmidt, mit der Aussage, die »sinnbefreite Gewalt« sei Selbstzweck und falsch.

Der Tag danach begann zunächst ruhig. Zehntausende Menschen beteiligten sich an der Großdemonstration gegen den G-20-Gipfel von den Deichtorhallen zum Millerntor. Trotz wiederholter Polizeiübergriffe blieb der Zug geschlossen und mündete in ein fröhliches Volksfest.

Zugleich wiederholte sich jedoch das Muster vom Vortag. Gegen 19 Uhr hatte eine Beweis- und Festnahmeeinheit der Polizei die Eingänge des Flora-Parks am Schulterblatt abgesperrt und durchkämmt. Es wurden mehrere Menschen kontrolliert, von einigen wurden die Personalien aufgenommen. Herumliegende Rucksäcke wurden durchsucht. Offenbar wurden zwei Menschen festgenommen. Zwei Stunden später hatte sich die Lage jedoch wieder beruhigt. Tausende Menschen, vor allem Touristen und Partygänger, bevölkerten das Schulterblatt und die Seitenstraßen des Schanzenviertels. Es herrschte eine

merkwürdig angespannte, sich zugleich jedoch nach einem typischen Wochenendvergnügen anfühlende Atmosphäre. Zu sehen waren weder Polizei noch »Autonome«.

Am Neuen Pferdemarkt ging die Polizei am späteren Abend dann wieder mit Wasserwerfern gegen dort vollkommen gewaltfrei versammelte Menschen vor. Selbst die *Hamburger Morgenpost* empörte sich über das Vorgehen der Polizei gegen friedlich auf der Straße sitzende Jugendliche. Viele wurden in die Straße Schulterblatt getrieben und saßen damit in der Falle. Denn auf der entgegengesetzten Seite, an der Altonaer Straße, versperrten Polizeiketten, Wasserwerfer und ein Räumpanzer den Fluchtweg.

Im Gespräch mit *junge Welt* zeigten sich Opfer des Polizeieinsatzes entsetzt. Ein englischsprachiger Tourist war fassungslos: »Die Menschen haben einfach nur auf der Straße gesessen und getrunken, da war nichts!« Ein anderer Mann, der sich eine Verletzung an der Hand zugezogen hatte, berichtete, dass er mit fünf Bekannten vor einer Gaststätte gesessen habe, als plötzlich und ohne jeden Anlass Polizisten die Straße gestürmt hätten. »Das war eine reine Provokation«, sagte er. Niemand dürfe sich wundern, wenn nach diesem Vorgehen die Lage in der Nacht endgültig eskaliert sei.

Hintergrund Aus dem Bus in die Zelle

■ Beispielhaft für die Kriminalisierung der Proteste gegen den G-20-Gipfel sind Erlebnisse, wie sie dem Bündnis »Jugend gegen G 20« widerfahren sind. Am Samstag teilte die Gruppe aus NRW in einer Erklärung mit:

Heute Morgen ist ein Reisebus des Jugendverbandes SJD – Die Falken von der Polizei aufgehalten worden. Alle 50 jungen Menschen, die aus Nordrhein-Westfalen auf dem Weg nach Hamburg waren, wurden vorerst in Gewahrsam genommen und in die Gefangenenanstalt nach Harburg gebracht. Sie waren auf dem Weg zu den Protesten des Bündnisses »Jugend gegen G 20«, das auf der heutigen Großdemonstration »Grenzenlose Solidarität statt G 20« einen Jugendblock bildet. Mittlerweile wurde ein Großteil der Jugendlichen wieder freigelassen.

Der Bus war gestern Nacht von Düsseldorf Richtung Hamburg gestartet und wurde gegen 8.15 Uhr kurz vor Ankunft von der Polizei gestoppt, durchsucht und anschließend in die Gefangenenanstalt in der Schlachthofstraße gebracht. Dort wurden alle Insassen des Busses – teils ohne konkreten Rechtsstatus – festgehalten, durchsucht, und manche mussten sich komplett ausziehen. Es wurde ihnen untersagt, die ihnen rechtlich zustehenden Anrufe zu tätigen. Einige berichteten sogar von willkürlicher Polizeigewalt gegen Jugendliche. Alle blieben jedoch unverletzt, und es geht ihnen den Umständen entsprechend gut.

Das Jugendbündnis »Jugend gegen G20« verurteilt die Kriminalisierung der legitimen Proteste gegen den G-20-Gipfel in Hamburg scharf und kritisiert das willkürliche Vorgehen der Polizei. Dazu Alma Kleen, Bundesvorsitzende des Jugendverbandes SJD – Die Falken: »Dass Jugendliche, die offensichtlich auf dem Weg zu einer angemeldeten Demonstration sind, von der Polizei derart unter einen Generalverdacht gestellt werden und sogar Gewalt von der Polizei erfahren mussten, ist nicht hinnehmbar. Die Polizeiführung hat wieder einmal deutlich gemacht, dass sie bestehendes Recht missachtet und sogar Jugendverbände mit Repression nicht verschont.«



Hinter dem Harburger Bahnhof ist es an diesem sonnigen Sonntag einen Tag nach dem Gipfel ruhig, fast idyllisch. An dem abgelegenen Ort hat die Polizei in einem früheren Lager und in Containern einen provisorischen Gipfelknast mit 400 Haftplätzen errichtet, die sogenannte Gefangenenanstalt (GesA).

Der Anwaltliche Notdienst (AND) erklärte gegenüber *jW* am Sonntag nachmittag, dass in der GesA zu diesem Zeitpunkt noch schätzungsweise 100 Aktivisten festgehalten werden. Weitere rund 190 Gipfelgegner seien in Justizvollzugsanstalten in Hamburg-Billwerder, auf der Elbinsel Hahnöfersand und in

Knäckebrötchen, Wasser und drei Quadratmeter

G-20-Knast: Übergriffe auf Gefangene und einen Anwalt. Kritik an Haftbedingungen in Harburg

anderen Bundesländern verlegt worden. Ihre Solidarität mit den Gefangenen bewiesen am Sonntag nachmittag mehrere hundert Gipfelgegner, die von der Harburger Innenstadt zur GesA zogen. In einem kleinen Camp, dem »Prison Support« auf einem Parkplatz neben der GesA, werden entlassene Häftlinge von Aktivisten empfangen, mit Essen und Trinken versorgt.

Eine Anwältin und ein Anwalt, die *jW* vor den Toren des Knasts traf, schilderten

die Haftbedingungen. Ihre Mandantin sei seit Stunden in einer etwa drei Quadratmeter großen, fensterlosen Einzelzelle mit weißen Wänden eingepfercht. Als Verpflegung gebe es nur Knäckebrötchen und Wasser. Der Anwalt sagte *jW*, Aktivisten hätten im Schnitt 14 bis 18 Stunden, zum Teil bis zu 30 Stunden in der GesA verbringen müssen. Die Zusage der Polizei vor dem Gipfel, keiner werde mehr als zehn Stunden in dem Knast sitzen, sei nicht eingehalten worden.

Der G-20-Ermittlungsausschuss berichtete, Anwälte seien fünf Stunden lang nicht zu ihren Mandanten vorgekommen. In der Nacht zum Sonnabend kam es in der GesA zu einem Übergriff von mehreren Polizisten auf einen Anwalt. Ihm sei »ins Gesicht gegriffen« worden, berichtete der Anwaltsnotdienst (AND), man habe ihm den Arm verdreht und ihn »aus der GesA geschleift«. Das »Vergehen«: Der Anwalt hatte der polizeilichen

Anordnung widersprochen, dass sein Mandant sich nackt ausziehen sollte.

Von einer willkürlichen Festnahme berichtete die Hamburger Anwältin Gabriele Heinecke auf einer Pressekonferenz im unabhängigen Pressezentrum am Sonnabend. Die Polizei habe 73 Gipfelgegner, die vom Camp im Volkspark zur GesA ziehen wollten, in Gewahrsam genommen und in den Knast gebracht.

Kristian Stemmler